

ARCHIPEL

Zeitung des Europäischen BürgerInnenforums

UKRAINE/MEGAPROJEKTE

Olympische Besessenheit

Ein grössenwahnsinniges Wintersportprojekt, fanatischer, irrationaler Entwicklungsdrang der Wirtschaft, Missachtung einer wunderschönen Bergregion und alles durchzogen von Korruption: Das ist die traurige Realität hinter der Ankündigung des ukrainischen Premierministers, dort mehrere grosse Skigebiete zu bauen und die Olympischen Winterspiele 2030 in die Karpaten zu holen.

Seit dreieinhalb Jahren kämpfen unsere Freunde und Freundinnen von der «Free Svydovets Group» (FSG), einer der ersten landesweiten Umweltbewegungen in der Ukraine, gegen den Plan, ein riesiges Skigebiet im wunderschönen Svydovets-Gebirge¹ zu bauen.

Wir haben im Archipel schon mehrmals über Svydovets berichtet. Erinnern wir uns daran, dass

ein paar Bewohner:innen von Lopukhovo, einem Dorf an den Hängen dieses wilden und unberührten Massivs, eines Tages im Jahr 2017 von einem Projekt zur Errichtung eines touristischen Komplexes mit mehr als 60 Hotels, 120 Restaurants, 33 Skiliften, 230 Kilometer Pisten, Einkaufszentren und sogar einem Flugplatz hörten. Alles soll auf den Gipfeln dieser riesigen Gras-

fläche gebaut werden, so weit das Auge reicht. Dies wäre eine echte Katastrophe für die Artenvielfalt, für die Wasserwege und insbesondere für den Fluss Crna Tisza (Theiss), dessen Quelle in diesem Massiv liegt. Von Anfang an prangerte die FSG die Absurdität an, eine solche Station in einem nur 1881 Meter hohen Gebirgsmassiv errichten zu wollen, und das noch dazu im Zeitalter der globalen Erwärmung. Das zukünftige Resort soll bis zu 28.000 Tourist:inn-en auf einmal beherbergen. Um die Investoren wird viel Geheimniskrämerei betrieben, obwohl die FSG nachgewiesen hat, dass hinter diesem Projekt die Firma Skorzonero steht, deren Kapitalanteile mehrheitlich dem sehr umstrittenen Oligarchen Igor Kolomoisky gehören.

Öffentlichkeitsarbeit

In den drei letzten Jahren hat die FSG in ihrem Kampf gegen diesen Wahnsinn sowohl auf ukrainischer als auch auf internationaler Ebene viele Punkte

gesammelt. Zahlreiche Artikel wurden zu diesem Thema veröffentlicht, unter anderem in renommierten Zeitungen wie der New York Times, der Neuen Zürcher Zeitung und der Tribune de Genève. Mehrere FSG-Delegationen wurden im Europäischen Parlament (EP) und in der Europäischen Kommission empfangen. In seinem jüngsten Jahresbericht über das Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und der EU, der am 11. Februar angenommen wurde, prangerte das Europäische Parlament «das illegale Skigebietsprojekt in Svydovets» an (Auszug aus §122 des Berichts).

Der Berichterstatter, der deutsche Europaabgeordnete Michael Gahler (CDU), und Viola von Cramon (Grüne), deutsche Vizepräsidentin der EP-Delegation für die Beziehungen zur Ukraine, haben wiederholt ihre entschiedene Ablehnung bekräftigt, sowohl bei Treffen mit dem Premierminister Denys Shmyhal oder in Briefen an Präsident Wolodymyr Zelensky.

Konventionsmissachtung

Gleichzeitig wird immer deutlicher, dass sich die ukrainischen Behörden in diesem Fall nicht

AZB 4001 Basel
Europäisches BürgerInnen Forum, 4001 Basel
Post OH AG



Svydovets auf grobem Papier. M.Arrow 2021

an die wichtigsten internationalen Konventionen halten. Dazu gehören die Espoo-Konvention zur grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung (das Projekt in Svydovets wird erhebliche Auswirkungen auf die Nachbarländer haben)¹ und die Berner Konvention zur Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere sowie ihrer natürlichen Lebensräume. Beschwerden an beide Konventionen sind in Bearbeitung.

Wenige Tage nach der Verabschiedung des Berichts durch das Europäische Parlament fand am 24. Februar dieses Jahres ein Staatsforum zur Entwicklung der ukrainischen Infrastruktur statt, an dem Präsident Zelensky teilnahm. Anwesend waren auch Alexander Schewtschenko, Mitbegründer des Luxus-Skiortes Bukovel in den Karpaten und Geschäftspartner von Igor Kolomoisky, sowie der österreichische Unternehmer Gernot Leitner, ein alter Hase in der Wintersportbranche und Berater des Internationalen Olympischen Komitees. An diesem Forum wurde ein Memorandum unterzeichnet, in welchem die Bewerbung der Ukraine für die Ausrichtung der Olympischen Winterspiele im Jahr 2030 und in diesem Zusammenhang der Bau mehrerer grosser Skigebiete angekündigt werden. Vor allem Borzhava, ein weiteres Gebiet der Karpaten mit einer Höhe von etwa 1600 Metern, wird genannt. Doch nicht nur...

Auf einer Pressekonferenz am 4. März bestätigte der Premierminister, Denys Shmyhal, dass «es nicht nur das Skigebiet in Borzhava gibt, sondern wir generell ein grosses Potenzial für die Entwicklung von Skigebieten in den Karpaten haben.» Es sei die Vision des Präsidenten, hier Investoren alle Möglichkeiten zu geben, Skigebiete zu schaffen. Er hoffe, dass Borzhava nicht das einzige Projekt sein wird, das in diesem und im nächsten Jahr gestartet wird.

Er bestätigte auch, dass der Initiator des Borzhava-Projekts tatsächlich Gernot Leitner ist. Daraufhin wurden ihm einige Fragen von "Schemes", einer Gruppe Investigativjournalist:innen von Radio Svoboda gestellt.³ Sie hatten nämlich die höchst dubiose Rolle dieses österreichischen Unternehmers und seiner ukrainischen Partner eingehend untersucht. Leitner war bereits an der Organisation der Olympischen Spiele in Sotchi, Russland, im Jahr 2014 beteiligt gewesen, wo er der Kor-

ruption beschuldigt worden war⁴. Er ist eine der Schlüsselfiguren im "olympischen" Plan des Büros von Präsident Zelensky. In der Akte befindet sich ein Foto vom Sommer 2020 von einem Treffen im Büro des Präsidenten mit Leitner. Bereits 2019 sagte Zelensky: «Wir haben das Potenzial, die Alpen Osteuropas zu werden. Im Moment ziehen wir Projekte für Skigebiete in Slavske und Borzhava in Betracht».

Das Geld «verschwindet»

Die Untersuchung von «Schemes» ist voll von Details über die korrupten und betrügerischen Praktiken von Gernot Leitner und seinen ukrainischen Freunden. Dazu gehört Wladyslaw Kaskiw, der in der Zeit von Präsident Viktor Janukowitsch⁵ Vorsitzender der «Staatlichen Agentur für nationale Investitionen und Projekte» war. Im Grossen und Ganzen stellt sich heraus, dass dieser bereits 2010 davon geträumt hat, die Olympischen Winterspiele 2022 zu organisieren und dafür ein grosses Budget genehmigt wurde. Die Firma «Masterconcept Consulting», deren Präsident und Inhaber Leitner ist, war an der Vorbereitung der Olympiabewerbung der Ukraine beteiligt.

Allerdings war die Ukraine am Ende nicht Gastgeberin der Spiele, und ein erheblicher Teil des Budgets verschwand. Den Ermittler:innen zufolge wurden «zig Millionen Dollar aus dem Staatshaushalt an eine Reihe von Unternehmen überwiesen, deren Hauptsitz nicht in der Ukraine liegt». Es war vor allem die österreichische Firma «Teleferic Holdings», die damals eine grosse Anzahl von Hektaren in den Karpaten erwerben konnte, genau dort, wo jetzt ein Skigebiet geplant ist: in Borzhava. Der eigentliche Nutzniesser: Gernot Leitner.

Im Jahr 2019 wurde das Grundstück in Borzhava an eine andere, diesmal slowakische Firma «Carpathian Mountain Resort» übertragen, deren Eigentümer wiederum Leitner ist. Eine Untersuchung des Nationalen Antikorruptionsbüros (NABU) ist im Gange, und 500 Hektar in Borzhava wurden beschlagnahmt. Aber all das hat Zelenskys Kabinett nicht davon abgehalten, sich mit dem österreichischen Unternehmer der Öffentlichkeit zu präsentieren und den Bau eines Touristenkomplexes auf konfisziertem Land zu erwägen. Leider wurde auch nicht verhindert, dass Vladyslaw Kaskiw kürzlich zum

Mitglied des Regionalrates von Transkarpatien gewählt wurde.

Die Korruption stoppen!

Präsident Zelensky scheint hin- und hergerissen zu sein zwischen der dringenden Notwendigkeit, die in der Ukraine endemische Korruption zu bekämpfen, und seinem Wunsch, dieses von Korruption durchzogene olympische Projekt weiter zu verfolgen. Am 24. März wurden die NABU-Ermittler:innen aktiv und liessen Volodymyr Yatsenko verhaften. Yatsenko war einer der leitenden Angestellten der PrivatBank, die Igor Kolomoisky gehört hat und die im Zentrum eines der grössten Veruntreuungsskandale Europas stand. Nach der Entdeckung des Verschwindens von 5,5 Milliarden Dollar wurde die PrivatBank verstaatlicht. Aber gerade wegen Kolomoisky hat Zelensky Präsident werden können, da er auf einem der Fernsehkanäle des Oligarchen ein beliebter Schauspieler war. Erst nach langem Zögern entschied er sich, gegen seinen früheren Unterstützer Kolomoisky zu handeln.

Die Wahl von Joe Biden zum Präsidenten der Vereinigten Staaten spielt dabei eine zentrale Rolle.

Die amerikanische Regierung hat gerade Sanktionen gegen Kolomoisky und seine Familie verhängt und ihnen die Einreise in die USA untersagt.

Wann sind Leitner, Kaskiw und andere an der Reihe? Und wann wird die Ukraine endlich den unschätzbaren Wert dieser schönen Berge und natürlichen Wälder in den Karpaten verstehen? Auf jeden Fall wird die «Free Svydovets Group» ihren Kampf fortsetzen und auch versuchen, eine andere Form des Tourismus vorzuschlagen, die sanfter und auf die Natur ausgerichtet ist.

Nicholas Bell, EBF

1. Siehe auch «The Svydovets Case», herausgegeben von Free Svydovets Group, Bruno Manser Fonds und Longo mai: <https://freesvydovets.org>

2. Bereits im Mai 2018 hat die ungarische Regierung in Kiew um eine solche Studie ersucht. Inzwischen haben weitere Länder das Gleiche getan.

3. Radio Svoboda sendete diese Umfrage am 28. Januar 2021. Die englische Übersetzung ist verfügbar unter freesvydovets.org

4. Boris Nemzow, der Oppositionspolitiker, der einige Jahre später ermordet wurde, veröffentlichte einen Bericht, nach dem mindestens die Hälfte der für die Organisation dieser Olympiade bereitgestellten Gelder veruntreut wurde.

5. Viktor Janukowitsch wurde durch die Revolte auf dem Maidan-Platz gezwungen, 2014 aus dem Land und nach Russland zu fliehen.

LANDWIRTSCHAFT/SCHWEIZ

Für eine humanere Landwirtschaft

Ausbeutung von Migrant:innen, Seuchen wegen Massentierhaltung, Vergiftung von Wasser und Böden, Zerstörung der natürlichen Ressourcen sind einige der Konsequenzen der sich zunehmend industrialisierenden Landwirtschaft. In der Schweiz können wir mit Petitionen, Volksinitiativen und zahlreichen weiteren zivilgesellschaftlichen Möglichkeiten auf die gesetzlichen Grundlagen der Nahrungsmittelproduktion einwirken.

So versucht die «Plattform für eine sozial nachhaltige Landwirtschaft» (Agrisodu) seit mehr als 20 Jahren, bessere Arbeitsbedingungen für landwirtschaftliche Angestellte einzufordern: zum Beispiel die Aufnahme der Landwirtschaft ins Arbeitsgesetz oder einen national einheitlichen Normalarbeitsvertrag (NAV). Doch der Bund, viele Kantone und vor allem der schweizerische

Bauernverband stellen sich taub und erfinden immer wieder neue Argumente, um nicht zu agieren. Immerhin hat der Kanton Genf, als direkte Folge der Zusammenarbeit mit Agrisodu, die maximale wöchentliche Arbeitszeit auf 45 Stunden festgelegt. Hingegen wurde eine Interpellation im Parlament der Nationalrätin Meret Schneider, die auf die schlechten Arbeitsbedingungen

in der Landwirtschaft hinwies, vom Bundesrat abgewiesen und im Parlament bis anhin vertagt.

Obwohl Lebensmittel ganz klar zu unseren wichtigsten Grundbedürfnissen gehören, wurden – und werden heute noch – die in der Landwirtschaft tätigen Menschen für ihren unentbehrlichen Einsatz nicht anerkannt. Trotz überdurchschnittlich langen Arbeitstagen sind die Löhne der Beschäftigten vielerorts tiefer als die anerkannten Minimallöhne und die Existenz vieler Bäuerinnen und Bauern auf ihren Höfen ist bedroht. Ein Grossteil unserer Nahrung geht durch die Hände von Menschen, die unwürdig behandelt werden und in Prekarität leben. Dabei müssen wir nicht nur an die oft geschilderten Situationen der Landarbeiter:innen denken, die hors-saison Gemüse in der Gegend von Almeria in Andalusien ernten oder diejenigen, die Tomaten in Apulien pflücken. In fast allen Ländern Europas finden wir ähnliche unannehmbare Zustände.

In der Schweiz werden schätzungsweise 8000 Sans-Papiers in der Landwirtschaft beschäftigt, die nicht einmal einen minimalen gesellschaftlichen Schutz erhalten. Für die regulären Arbeits-

kräfte hat jeder Kanton seine eigenen Regelungen, die von Kanton zu Kanton stark variieren und für landwirtschaftliche Angestellte wöchentliche Arbeitszeiten bis zu 66 Stunden gestatten. Auch dies ist skandalös, denn viele landwirtschaftliche Tätigkeiten gleichen immer mehr industriellen Arbeitsrhythmen. Da auf Bundesebene die Verhältnisse blockiert sind, haben Agrisodu und das Bündnis «Widerstand am Tellerrand» beschlossen, in den zwei grossen Kantonen Bern und Zürich, welche beide Arbeitszeiten von 55 Stunden vorsehen, eine Petition zu starten. Bessere Arbeitsbedingungen in diesen beiden Kantonen hätten eine Signalwirkung für andere Kantone.

Raymond Gétaz,

PS: Ein Bogen der Petition für bessere Arbeitsbedingungen von landwirtschaftlichen Angestellten liegt der Schweizer Ausgabe des Archipel bei und kann auch auf www.agrisodu.ch heruntergeladen werden. Sie können diese Petition mit Ihren Freund:inn-en unterzeichnen, auch wenn Sie nicht in Zürich oder Bern leben.

Zwei Volksabstimmungen

Die Schweiz ist eines der Länder mit dem höchsten Pestizideinsatz pro Quadratmeter landwirtschaftlicher Nutzfläche. Die Herstellung unserer Lebensmittel wird heute von der Agrarindustrie dominiert und von einer Landwirtschaftspolitik gefördert, die Grossbetriebe und somit Monokulturen sowie Massentierhaltung in immer grösseren Einheiten begünstigt.

Die bei dieser Produktionsweise eingesetzten Pestizide und Antibiotika gefährden nicht nur die Gesundheit von Bäuerinnen, Bauern und Landarbeiter:innen, sondern auch die der Konsumierenden von kontaminierten Lebensmitteln. In immer mehr Gemeinden werden Spuren von Pestiziden über der zulässigen Norm im Trinkwasser gefunden. Nun können Schweizer Bürger:innen im kommenden Juni über zwei Volksinitiativen abstimmen: «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» sowie «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz». Der Erfolg auch nur einer dieser beiden Initiativen würde wichtige Veränderungen in der Schweizer Agrarpolitik bewirken, die angesichts der Umweltzerstörung, des Verlustes der Artenvielfalt und Vergiftung der natürlichen Ressourcen mehr

als notwendig sind! Zugegeben, beide Initiativen mögen durch ihre Radikalität schockieren und einige ihrer Aspekte sind in kurzer Zeit nur schwer umsetzbar. Jedoch erleben wir schon heute die schwerwiegenden Folgen der Priorisierung kurzlebiger Marktkriterien in der schweizerischen und europäischen Agrarpolitik. Sie geht zu Lasten der natürlichen Ressourcen und Ökosysteme unseres Planeten sowie der Gesundheit der Bevölkerung. Worauf warten wir also noch, um zu handeln und die Priorität wieder auf humanere Produktionsmethoden zu legen, die gute Lebensmittel für uns und auch für zukünftige Generationen garantieren? Eine breite Unterstützung der beiden Volksinitiativen, über die am 13. Juni schweizweit abgestimmt wird, wäre ein wichtiger Schritt in diese Richtung

Raymond Gétaz,
Longo mai

VERANSTALTUNGSHINWEIS

Resilient Agriculture for global health Nur eine andere Landwirtschaft hilft gegen Pandemien.

Ein Jahr Pandemie. Die Verunsicherung ist gross. Symptome werden bekämpft und Ursachen erforscht – der Handlungsbedarf ist dringend! Folgende Thesen diskutieren wir am 4. und 5. Juni 2021 mit renommierten Expert:inn-en:

- **These 1** Das vermehrte Auftreten von Viren (Zoonosen) ist eine Folge unserer industrialisierten und globalisierten Nahrungsmittelproduktion.
- **These 2** Die Krisenverursacher sind auch ihre grossen Gewinner.
- **These 3** Der Weg raus aus dieser Sackgasse führt über einen anderen «Stoffwechsel» zwischen Mensch und Natur: Agrarökologie und Ernährungssouveränität statt Fabrikierhaltung, Land- und Wasserprivatisierung.

Freitag 4. Juni 18-20:30 Uhr

Samstag 5. Juni 12:30-15 Uhr Online*

www.agrarinfo.ch/resilient-agriculture-for-global-health

Sprachen: Englisch und Deutsch mit Simultanübersetzung
Teilnahme: kostenlos, Anmeldung erforderlich per Mail an anlass@agrarinformatik.ch bis zum 3. Juni 2021 oder über die Webseite www.agrarinfo.ch

*ev. situationsbedingt auch Offline im PROGR, Waisenhausplatz 30, Bern



Was ist, wenn die Erde nicht nachwächst? Bild: Agrarinfo.ch

Wann endlich wird gehandelt?

Kurz vor Ostern, am 29.3.2021, organisierten das Aktionsbündnis #evakuierenJETZT und Amnesty in Bern eine Pressekonferenz und eine Protestaktion vor dem Bundeshaus, um gegen die fehlende Bereitschaft der Schweizer Regierung zu protestieren, die Evakuierung der griechischen «Inseln der Schande» ernsthaft anzugehen.

Ein Statement zog sich durch alle Redebeiträge: Die Schweiz kann und muss mehr tun! Bereits vor einem Jahr forderten 132 Organisationen und über 50.000 Menschen den Bund mit dem Osterappell von #EvakuierenJETZT dazu auf, die griechischen Flüchtlingslager zu evakuieren. Seitdem haben sich die Zustände für die geflüchteten Menschen durch den weltweiten Ausbruch der Pandemie und vor allem durch die Brandkatastrophe, die am 9. September 2020 das Lager Moria vollständig zerstört hatte, noch einmal massiv verschlechtert. Die offizielle Schweiz wiederholt seither gebetsmühlenartig, dass sie durch Hilfe vor Ort die Zustände für die Menschen verbessern will. Fabian Bracher, Mitglied der Kampagne #evakuierenJETZT, lebt und arbeitet auf der Insel Lesbos und stellt klar, dass diese Zusage bis anhin nicht eingelöst wurde: «Heute leben die Menschen in einem neuen Lager, das auf einem alten Schiessplatz eingerichtet wurde. Der Boden ist durch Blei verseucht und birgt daher erhebliche Gesundheitsgefahren. Vulnerable Personen, chronisch Kranke, körperlich Beeinträchtigte und krebskranke Menschen leben in den UNHCR-Zelten auf kaltem Boden», so Fabian Bracher über das Camp, in dem es weder einen Wasseranschluss noch eine adäquate Stromversorgung gibt.

Sind Bundesrätin Karin Keller-Sutter vom Eidgenössischen Departement für Justiz und Polizei (EJPD) und Mario Gattiker vom Staatssekretariat für Migration (SEM) blind und taub? Städte, Gemeinden und weite Teile der Zivilgesellschaft wollen und können geflüchtete Menschen aufnehmen. Wann endlich handelt der Bund?

Ungehört verhallt

Besorgt über die Zustände in den griechischen Lagern haben verschiedenste Schweizer Städte

reagiert: Sie haben sich bereits im Frühsommer 2020 in der Allianz «Städte und Gemeinden für die Aufnahme von Flüchtlingen» zusammengeschlossen. Die aktuell sechzehn beteiligten Städte und Gemeinden (siehe Kasten) wollen, dass die Schweiz mehr geflüchtete Menschen aufnimmt, und sind bereit, diese zusätzlichen Menschen bei sich zu beherbergen. Zudem haben sich rund zwanzig kleinere Gemeinden unabhängig von der Allianz bereit erklärt, Geflüchtete aufzunehmen.

Mehrmals seien die aufnahmewilligen Städte der Allianz schon beim Bund vorstellig geworden, sagt Thierry Steiert, Stadtammann von Fribourg. Aber die Angebote seien «stets ungehört verhallt». Dass die Asylpolitik in der Zuständigkeit des Bundes liege, sei sich die Allianz bewusst, so die Berner Gemeinderätin Franziska Teuscher. Doch: «Die Städte wollen zusammen mit dem Bund pragmatische

Wege finden, wie eine zusätzliche Aufnahme von Flüchtlingen und eine entsprechende Verteilung dieser Menschen auf die aufnahmebereiten Städte und Gemeinden umgesetzt werden kann. Dies zur Linderung kurzfristiger Not, aber auch als Bestandteil einer längerfristigen Weiterentwicklung der humanitären Tradition unseres Landes.» Raphael Golta ortet primär einen fehlenden politischen Willen auf Bundesebene. Für den Sozialvorsteher der Stadt Zürich ist klar: «Wenn die Hilfe vor Ort an ihre Grenzen stösst, müssen wir die Betroffenen in unserem Land aufnehmen.» Es sei zwar richtig, dass die Schweiz nicht alle Not auf

Zürich, sagt: «Die Aufnahme von Menschen auf der Flucht gehört zur DNA der christlichen Kirchen, quasi zum Grundauftrag. Als Christinnen und Christen haben wir Flüchtenden beizustehen, ohne vorher abzuklären, woher sie kommen und ob sie 'berechtigte' Gründe für ihre Flucht angeben können.» Die Katholische Kirche im Kanton Zürich sei bereit, ihren Beitrag zu leisten. «Der Kanton weiss, dass wir zur Verfügung stehen. Es liegt am Bund, endlich ein Zeichen der Humanität zu setzen. Wir werden als Kirchen parat sein.» Auch die Frauenstreikkollektive melden sich zu Wort. Im Bewusstsein, dass besonders

Aufnahmebereite Gemeinden in der Schweiz

Mitglieder Städte-Allianz, Stand 11.03.2021:

Baden, Basel-Stadt, Bern, Delémont, Fribourg, Genf, Kriens, Lausanne, Luzern, Moutier, Prilly, Spiez, St. Gallen, Wil, Winterthur, Zürich.

Weitere Gemeinden, die sich dem Aufruf angeschlossen haben:

Aarau, Arlesheim (BL), Biel, Brugg (AG), Buchs (SG), Burgdorf, Cormoret (BE), Kriens (LU), Laufenburg (AG), Lenzburg (AG), Neuchâtel, Penthalaz (VD), Saignelégier (JU), Sainte-Croix (VD), Sevelen (SG), Solothurn, Teufen (AR), Vernier (GE), Windisch (AG), Wohlen (BE).

den weltweiten Fluchtrouten im Alleingang lindern könne. «Aber wir können wesentlich mehr tun, als das heute der Fall ist.»

Die Kirchen sind parat

Unterstützung würde der Bund auch von kirchlicher Seite erhalten. Franziska Driessen-Reding, Synodalarbeitspräsidentin der Katholischen Kirche im Kanton

verletzliche Personen in den griechischen Flüchtlingslagern «massiver psychischer, physischer und sexueller Bedrohung und Gewalt» ausgesetzt sind, würden die Kollektive die Forderungen von #evakuierenJETZT klar unterstützen.

Das Kampagnenteam von #evakuierenJETZT ist enttäuscht über die passive Haltung des



«Essen statt Polizei» Graffiti, Athen 2021

Bundes. Man habe nebst Forderungen eine Vielzahl an Lösungsvorschlägen an das Staatssekretariat für Migration (SEM) und den Bundesrat geschickt. «Evakuierungsflüge, zivile Unterkünfte und die Bereitschaft vieler Schweizer Städte und Gemeinden zur Aufnahme von Geflüchteten sind nur einige Beispiele davon», sagt die Flüchtlingshelferin Janine Bleuler. Für sie ist klar: «Diese Hinhaltetaktik des Bundes muss ein Ende haben!» Und zugeschaltet von Lesvos, ergänzt der Co-Koordinator von #evakuierenJETZT Fabian Bracher: «Es braucht eine Neuausrichtung der europäischen Migrationspolitik. Eine Politik, bei der Solidarität, Menschlichkeit und die unbedingte Einhaltung der Menschenrechte im Fokus liegen.» Die Solidarität der Städte und Gemeinden sei dabei ein zentrales Mittel, um Veränderung zu bewirken.

Schluss mit der Hinhaltetaktik!

Im Anschluss an die Lancierung des Osterappells 2020 haben die acht grössten Städte der Schweiz sich dem Aufruf für die Evakuierung der griechischen Inseln angeschlossen und dann im Rahmen der Städte-Allianz noch weitere acht dazugeholt. Somit sind seit dem 19. März 2021 sechzehn Städte dabei. Parallel dazu hat das Europäische BürgerInnen Forum (EBF) eine Gemeinde-Petition formuliert¹, die vom EBF und anderen Organisationen wie dem Netzwerk «Seebrücke»² und dem «Solinetz Ostschweiz» in Umlauf gebracht wurde. Tau-

sende von Menschen haben mit ihrer Unterschrift ihre Wohngemeinde aufgefordert, sich dem Appell anzuschliessen. Dies alles hat zur Folge gehabt, dass sich zusätzlich zu den 16 Gemeinden in der Allianz noch 20 weitere Städte und Dörfer engagiert haben. Es sind dies kleine und grössere Gemeinden kreuz und quer durch die Schweiz, fast aus allen Kantonen. (Vollständige Liste, siehe Kasten). Hier seien nur exemplarisch die zwei kleinsten Gemeinden Cormoret (BE) mit 491 und Penthelaz (VD) mit ihren 3283 Einwohner:innen genannt

In ihren Stellungnahmen waren die Gemeinden auch sehr unterschiedlich. So hat Sevelen explizit die Anzahl Familien vorgerechnet, die aufgenommen werden könnten: « (...) Interne Abklärungen haben ergeben, dass mittelfristig eine Familie, zusätzlich zu dem bestehenden Kontingent, aufgenommen werden könnte. Momentan leben in Sevelen 38 aufgenommene Asylbewerber und Flüchtlinge.». Dagegen legten sich die meisten anderen Beschlüsse auf eine allgemeine vermehrte Aufnahmebereitschaft ihrer Gemeinde fest.

Ich möchte aus dem Brief vom 6.11.2020 der kleinen Walliser Gemeinde Grimisuat zitieren, die sagt, dass sie zwar nicht die politische Kompetenz hätte, sich für die Aufnahme von Geflüchteten in ihrer Gemeinde auszusprechen, dass aber jedes Mitglied des Gemeinderates vor Ende Jahr 100 Franken an Organisationen überweisen würde, die sich für das Wohl der Geflüchteten einsetzen.

Ich erinnere noch gerne daran, dass die Stadt Wil, wo Frau Keller-Sutter in den 1990er Jahren als Gemeinderätin amtierte, sich ebenfalls der Allianz angeschlossen hat und damit mehr Herz und Verstand zeigt als die jetzige Bundesrätin. Nicht nur fehlt dem EJPD und dem SEM jegliche Spur von Menschlichkeit in der Handhabung dieses Dramas an den Toren Europas, sondern sie verweigern sich bisher auch dem Dialog mit den Städten und Gemeinden. Wir fordern Frau Keller-Sutter und Herrn Gattiker dringend dazu auf, endlich zu handeln.

Claude Braun,
EBF Schweiz

1. <https://forumcivique.org/artikel/auf-ruf-an-die-gemeinden-nehmt-gefluechte-te-von-den-griechischen-inseln-auf/>

2. <https://seebruecke.ch/ueber-uns/erfolge/>

Polizeigewalt und Solidarität

Trotz Kriminalisierung unterstützen zahlreiche Menschen weiterhin Geflüchtete an der kroatischen EU-Aussengrenze – ein Augenscheinbericht.

Über das unbewohnte, hügelige Hochland südlich von Bihać pfeift eisiger Wind, Mitte März keine Spur von Frühling. Hier, an der Landstrasse nach Sarajevo, 26 km ausserhalb der Stadt, liegt der verlassene Weiler Lipa, ein Ort, der letzte Weihnachten traurige Berühmtheit erlangte: Das IOM (International Organisation for Migration) stellte seine Arbeit im provisorischen Flüchtlingslager ein, etwa 1000 Menschen waren plötzlich sich selbst überlassen. Bilder vom brennenden Camp und von verzweifelt im Schnee umherirrenden Flüchtlingen erreichten unsere Medien. Die UN-Organisation IOM betreibt mit EU-Geldern ansonsten mehrere Camps in Bosnien.

Lipa

Nach Monaten sind wir wieder nach Bosnien aufgebrochen, um zu sehen, wie die Situation sich verändert hat, was wir tun können und um Freundinnen und Freunde zu besuchen. Einer davon ist Daka, Geograph, Umwelt- und Menschenrechtsaktivist, der Friends of the Earth Bosnia gründete und viele Jahre leitete. Er ist derzeit der einzige bosnische Einwohner von Lipa und besitzt Land und Ruinen drei Kilometer vom Camp entfernt. Während des Krieges vertrieb die kroatische Armee hier die serbische Bevölkerung, so auch seine Familie. Als das Flüchtlingslager letztes Jahr errichtet wurde, hat er sich in einem Wohncontainer zwischen den Ruinen der Bauernhäuser niedergelassen, Wasser schöpft er aus einer Quelle in der Nähe, zwei Photovoltaik-Paneele spenden Strom. Im Januar und Februar, nachdem das IOM die Versorgung eingestellt hatte und die Not am grössten war, hat er, finanziert vom Kochkollektiv Zürich, auf seinem Gelände viermal wöchentlich Lebensmittelpakete mit Mehl, Öl, Zwiebeln und andere Hilfsgüter an die Geflüchteten ausgegeben. Sie laden ihre Handys bei ihm auf. Er wurde mehrfach von der Polizei aufgesucht, aber das hat ihn nicht eingeschüchtert.

Im Herzen von Sarajevo hat Ines den gemeinnützigen Verein Compass mit einem Begegnungszentrum für Geflüchtete und Einheimische ins Leben gerufen. Fünf Freiwillige, in der Mehrheit Frauen, halten den Raum von Montag bis Freitag geöffnet, mit einem Free-shop für Nahrungsmittel, Kleidung und manchmal auch Smartphones. Man kann dort auch Wäsche waschen und duschen.

Sarajevo

Der hintere Raum dient derzeit als Lagerfläche, soll jedoch zu einem grösseren Begegnungsraum umgebaut werden, wo die Leute auch verweilen können. Die Kommunikation mit den Geflüchteten läuft über Messenger, WhatsApp und Instagram, damit nicht alle gleichzeitig kommen. Am Anfang haben sie 30 Leute täglich erwartet, momentan kommen im Schnitt 120 am Tag. Compass ist mit anderen Organisationen gut vernetzt, wie etwa dem Taucher-Verein, wo die Geflüchteten schwimmen lernen können, oder der Schwulen-Lesben Bewegung. Der Verein arbeitet aber auch mit dem «Danish Refugee Council», dem Roten Kreuz und IOM zusammen.

Velika Kladuša

In Velika Kladuša, dem nordwestlichsten Städtchen Bosniens direkt an der kroatischen Grenze, hat sich die Situation seit unserem letzten Besuch merklich verschlechtert. Die von internationalen Freiwilligen geführte Erste-Hilfe-Station in einer ehemaligen Bar und die Kleiderausgabe sind aus dem öffentlichen Raum verschwunden. Die Hilfe kann nur noch heimlich und nachts geleistet werden. Mehrere Gruppen einheimischer und internationaler Freiwilliger teilen sich die Arbeit auf und machen trotz Kriminalisierung und rassistischer Übergriffe weiter. Im Flüchtlingslager Miral, das für 700 Personen gedacht ist, leben 100 alleinreisende Männer auf engstem Raum, die Krätze

Archipel

Monatszeitung des Europäischen BürgerInnenforums

Mai 2021 - Nr. 303

Jahresabonnement:

11 Nummern, 60 sFr; 40 Euro
Verlag, Herausgabe, Herstellung,
Redaktion: Europ. BürgerInnenforum
Verantwortliche Redakteurinnen:
Joëlle Meunier, Constanze Warta
Druck: Ropress Zürich
www.forumcivique.org

Adressen

Schweiz:

Postfach 1848, CH-4001 Basel
Tel: 0041/61 262 01 11
ch@forumcivique.org

Österreich:

Lobnik 16
A-9135 Eisenkappel/Zelezna Kapla
Tel: 0043/42 38 87 05
at@forumcivique.org

Deutschland:

Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf
D-17159 Dargun
Tel: 0049/39 959 23 881
de@forumcivique.org

Frankreich:

St. Hyppolite
F-04300 Limans
Tel: 0033/4 92 73 05 98
fr@forumcivique.org

Ukraine:

vul. Peremogi 70
UKR-90440 Nijne Selischtsche
Tel: 00380/31 42 512 20
ua@forumcivique.org



grassiert, die medizinische Versorgung ist äusserst schlecht. In der Umgebung hausen weitere 300 bis 400 Menschen in verlassenen Gebäuden, den «Squats», ohne Wasser, Strom und Fenster, oder im Wald unter freiem Himmel. Die Corona-Pandemie ist hier nur eines von vielen Problemen. Die in- und ausländischen Ehrenamtlichen versorgen die Menschen so gut es geht mit Lebensmitteln, Brennholz, Kleidung und verarzten sie. Das muss heimlich geschehen, weil in

Bosnien nur offizielle Hilfsorganisationen dazu berechtigt sind. Werden Ausländerinnen von der Polizei erwischt, müssen sie Geldstrafen zahlen und werden des Landes verwiesen.

Mehr als Mitgefühl

Um ihre Arbeit zu legalisieren, hat Alma, eine junge Lehrerin, mit bosnischen Freundinnen den Verein Rahma gegründet, auf Arabisch Mitgefühl. Alma hat schon Morddrohungen erhalten. Rahma betreibt ein gut geführtes Lager mit Kleidung, Schuhen und Hygieneartikeln. Die Mitglieder fahren in ihren privaten PKWs zu den Squats, um Lebensmittel auszuteilen. Andere Bosnierinnen spenden etwas Geld, lassen Geflüchtete bei sich duschen oder waschen ihre Kleider.

«Bosnian people are good people, but croatian police is terrible», sagt uns ein junger Flüchtling, der abends mit anderen auf dem Weg zur Grenze ist. Werden sie abgefangen, weigert sich die kroatische Polizei, ihr Asylgesuch entgegenzunehmen, zerstört ihre Handys, nimmt ihnen Ausrüstung, warme Jacken oder gar die Schuhe weg und jagt sie zurück nach Bosnien. Oft werden die Flüchtlinge verprügelt, durch den eiskalten Grenzfluss getrieben oder gefoltert.

Diese Menschenrechtsverletzungen an den EU-Aussengrenzen beobachtet und dokumentiert Border Violence Monitoring Network¹ (BVMN), ein Zusammenschluss von 14 Organisationen, in dem Freiwillige seit 2017 mit Betroffenen der illegalen Pushbacks Interviews führen und in monatlichen Berichten dokumentieren. Auf dem Rückweg treffen wir in Zagreb junge Aktivistinnen der Vereine Are You Syrious (AYS) und Center for Peace Studies (CPS), die bei BVMN mitarbeiten. Milena (AYS) macht die Menschenrechtsarbeit gegenüber dem EU-Parlament und hat im Dezember mit BVMN das Blackbook of Pushbacks herausgegeben, eine 1500 Seiten starke Dokumentation. 900 Fälle von illegalen Pushbacks an den EU-Aussengrenzen mit mehr als 12.000 betroffenen Personen sind darin dokumentiert.

Einschüchterungsversuche

Wegen ihrer engagierten Menschenrechtsarbeit sind diese mutigen, jungen Frauen unglaublichen Repressionen und Verleumdungen vom kroatischen Staat ausgesetzt. Vereinsmitglieder werden der Schlepperei bezichtigt, ohne Angabe von Gründen stundenlang auf Polizeistationen festgehalten und persönlich bedroht, weil sie die

Arbeit der Grenzpolizei kritisieren. Diese Einschüchterungsversuche machen auch vor dem Privatleben nicht Halt. So wurde der Lebensgefährte von Tajana Tadić, der Geschäftsführerin von AYS, von der kroatischen Geheimpolizei vorgeladen. Omer ist Iraker und erhielt 2018 Asyl – was in Kroatien äusserst selten passiert. Als er die Aufforderung, mit der Geheimpolizei zusammenzuarbeiten, ablehnte, wurde Omer unter dem Vorwand, er gefährde die Sicherheit, der Asylstatus aberkannt. Da ihm jederzeit die Abschiebung in den Irak droht, hat er Kroatien inzwischen verlassen. Nach den Dublin-Verenbarungen kann er jedoch nach Kroatien zurückgeschoben werden, wo er nicht sicher ist.

Um Omer zu unterstützen, bitten wir euch, Protestbriefe an den Präsidenten Kroatiens, den Innenminister, die Ombudsfrau und die kroatische Botschaft eures Landes zu verschicken, Musterbriefe und weitere Informationen zu den Hintergründen findet ihr auf unserer Website.

Heike Schiebeck, EBF

1. www.borderviolence.eu

ABONNEMENT

Ich abonniere «Archipel» und überweise für ein Jahresabonnement den Betrag von 60 Fr. oder 40 Euro auf Konto:

Schweiz: Europäisches BürgerInnenforum, PC 40-8523-5

Deutschland: Europ. Kooperative, Raiffeisenbank, Malchin, IBAN: DE59150616180007703597 Vermerk: Archipel oder EBF

Österreich: Konto EBF, Posojilnica-Bank, Eisenkappel, IBAN: AT70 3910 0000 0805 5451, BIC: VSGKAT2K

Name

Vorname

Strasse

PLZ Ort

Land

Das Zeugnis einer Mutter

«Teilnahme verboten» ist der Titel eines Buches der Italienerin Jamila Baroni über den Prozess gegen ihren 18-jährigen Sohn Fabio, der zu den Protesten gegen den G20-Gipfel im Juli 2017 nach Hamburg gereist war.

Gleich am Tag nach seiner Ankunft, am 7. Juli, dem ersten Tag des G20-Gipfels, wurde er bei einer Demonstration um 7 Uhr morgens verhaftet. Er verbrachte fünf Monate in Untersuchungshaft in der Jugendstrafvollzugsanstalt Hahnöfersand, 30 km von Hamburg entfernt auf einer Festungsinsel in der Elbe. Nachdem er schliesslich durch die Hinterlegung einer Kaution von 10 000 Euro und mit der Auflage, sich regelmässig bei der Polizei zu melden, nach fünf Monaten Haft am 27. November 2017 entlassen worden war, endete der Prozess gegen ihn im Februar 2018 ergebnislos. Auf Grund der Schwangerschaft der verantwortlichen Richterin wurde er vorläufig abgebrochen, ob das Verfahren irgendwann weiter geführt wird, ist nicht bekannt.

Seine Mutter, Jamila Baroni, reiste am 17. Juli 2017 nach Hamburg, in der Erwartung, bald wieder mit ihrem Sohn nach Feltre in Norditalien zurückreisen zu können. Sie verbrachte acht Monate in Hamburg, bis zum Abbruch des Prozesses gegen Fabio. Sie hat ihr Tagebuch über diese Zeit als Buch zunächst auf Italienisch veröffentlicht. 2020 erschien die deutsche Übersetzung.

Erinnern wir uns: Zehntausende Menschen aus ganz Europa nahmen an den Protesten gegen

den G20-Gipfel in Hamburg teil. Die Medien zeigten im Zusammenhang mit den Demonstrationen erschreckende Bilder von Gewalt, plötzlich sprach man von Gewaltexzessen bisher unbekanntem Ausmasses, und der damalige Bürgermeister Olaf Scholz, heutiger Bundesfinanzminister, versprach, es werde harte Massnahmen gegen diejenigen geben, die Straftaten begangen hätten. Dabei wurden die Provokationen und offensichtlich grundlosen Angriffe der Polizei auf Demonstrierende wohlweislich verschwiegen.

Macht und Widerstand

Das Buch ist einfach geschrieben, liest sich gut, ohne komplizierte Ausdrücke, sieht man von den Zitaten aus Gerichtsakten ab. Sehr viel komplizierter muss es für Jamila und Fabio gewesen sein, die kein Wort Deutsch sprachen, den Inhalt der Gerichtsbeschlüsse, Verordnungen und Gesetze zu verstehen. Jamila erzählt in ruhigem Ton über die acht Monate ihres Aufenthaltes in Hamburg, ihre Verhandlungen mit der Gefängnisverwaltung, die Gespräche mit der Anwältin ihres Sohnes, Gabriele Heinecke, die Unterstützung, die sie in Hamburg von einzelnen Menschen oder Gruppen erfahren

hat, ihre Besuche im Gefängnis, die Gerichtsverhandlungen, das Verhalten von Fabio, ihre Empfindungen. Sie will kein Mitleid erregen, verliert sich nicht in politischer Agitation und nimmt die Leser-innen einfach mit in dem, was sie tut und erfährt. Neben ihrer Schilderung berichtet ein neutraler Erzähler von Vorgängen und Entscheidungen in den Regierungskreisen Hamburgs in dieser Zeit. Es ist ein kleiner Ausschnitt aus dem gesellschaftlichen «Grossereignis – G20 in Hamburg» und seinen Folgen. Je einfacher der Ton, umso mehr werden die Leser-innen nachdenklich, aufgebracht, wütend, herausgefordert zu kombinieren, zu analysieren, Zusammenhänge über Repression und Widerstand zu begreifen. Das Buch ist ein zeithistorisches Dokument über Macht und Widerstand in Europa.

Vorverurteilung

Nur eine «Einzelheit» aus dem ganzen Verfahren gegen Fabio möchte ich hier hervorheben: Die Untersuchungshaft für ihn wurde vom Hamburger Oberlandesgericht so begründet: «Die Jugendstrafe ist auch voraussichtlich wegen vorhandener schädlicher Neigungen des Beschuldigten geboten. Hierbei handelt es sich um erhebliche Anlage- und Erziehungsmängel, die ohne längere Gesamterziehung des Täters weitere Straftaten begründen.» Das entspricht einer Vorverurteilung von Fabio ohne Berufung auf irgendwelche konkreten Vergehen. Der Richter erfindet «schädliche Neigungen» von Fabio, ohne ihn jemals gesehen zu haben und ohne irgendein Gutachten. Diese Begründung

wird von jeder Instanz, die für die Aufhebung der U-Haft angerufen wurde, wiederholt. Selbst im Laufe der Gerichtsverhandlung gegen Fabio wurde die «schädliche Neigung» nie irgendwie untermauert. Der Begriff «schädlicher Neigungen» geht zurück auf ein Gesetz im Nationalsozialismus, das zur massenhaften Internierung von unliebsamen Jugendlichen geführt hatte, ohne jeden Beweis. So findet man diese Formulierung z.B. hundertfach in den Unterlagen des Mädchenkonzentrationslagers Uckermark als Begründung für die Einweisung von jungen Frauen. Die Formulierung existiert bis heute im deutschen Jugendstrafrecht und findet jedes Jahr tausendfach Anwendung.

Fabio hat selbst seine Motivationen vor Gericht und gegenüber Journalist-innen erklärt: «Ob Sie es mir glauben oder nicht: Ich mag keine Gewalt. (...) Aber ich habe Ideale, und ich habe beschlossen, für sie zu kämpfen (...) In einer Epoche, in der überall auf der Welt neue Grenzen errichtet werden, in der Stacheldraht ausgerollt wird, neue Mauern von den Alpen bis ans Mittelmeer gebaut werden, finde ich es wunderbar, dass Tausende junge Menschen aus allen Teilen Europas bereit sind, gemeinsam in einer einzigen Stadt für ihre Zukunft auf die Strasse zu gehen. Über alle Grenzen hinaus und vereint in dem gemeinsamen Willen, die Welt zu einem besseren Ort zu machen als der, den sie vorgefunden haben.»

Jürgen Holzapfel, EBF

Jamila Baroni: Teilnahme verboten, G20-Protest und der Prozess von Fabio V., Unrast-Verlag, Münster, August 2020.

Die Prozesse

Laut Polizeiberichten wurden nach den Anti-G-20-Demonstrationen 3580 Ermittlungsverfahren gegen Demonstrant-innen eingeleitet. Bis August 2020 sind 230 Verfahren abgeschlossen – mit 114 Haftstrafen auf Bewährung und 9 ohne Bewährung. Über zwei Jahre nach dem Abbruch des Prozesses gegen Fabio, kam es am 3. Dezember 2020 zu einem weiteren Prozess, dieses Mal gegen fünf damals minderjährige Demonstranten, die an dem gleichen Ort wie Fabio verhaftet worden waren. In den Polizei- und Gerichtsakten werden alle diese Verfahren nach der Strasse am «Rondenbarg» benannt, wo eine von zahlreichen Demonstrationen aufgelöst worden war und die Verhaftungen stattgefunden hatten. Unter Berufung auf das Jugendstrafrecht wurde die Öffentlichkeit von diesem Prozess ausgeschlossen. Die Anklage gegen 80 weitere Demonstrationsteilnehmer-innen an diesem Ort soll in einem Massenprozess behandelt werden. Viele Prozesse stehen noch aus, und die Betroffenen leben jahrelang unter dem ständigen Druck, von der Justiz verfolgt zu werden.



Michael Ende hatte uns gewarnt: Hamburg hat die grauen Herren. G-20 Gipfel 2017

Der Staat braucht linke Übeltäter

Wie in vielen europäischen Ländern nutzt der Staat sein schärfstes Schwert gegen unliebsame Bewegungen. Überall werden «kriminelle» Gruppen in unseren Reihen gebastelt, während Rechtsradikale mit Bewährungsstrafen davonkommen, wenn sie nicht gleich erfolgreich von Geheimdiensten und Polizei gedeckt werden.

In Bure hat sich der Widerstand gegen das geplante Atommüllendlager CIGEO seit 2015 verstärkt. Zahlreiche Demonstrationen und teilweise militante Aktionen wurden besonders 2016 und 2017 zum Alltag in der Lothringer Provinz im südlichen Maastal. Die Antwort des französischen Atomstaates liess nicht lange auf sich warten. Im Zuge einer förmlichen Militarisierung des Landkreises mit der Stationierung von Gendarmerie-Hundertschaften verschärfen sich Überwachung und Repression.

Manch eine-r wurde wegen des Besitzes eines Tortenhebers festgenommen, doch es gab auch weit weniger amüsante Repressionsschläge. Viele tausend Stunden Telefonate von Umweltaktivist-inn-en wurden abgehört, Verurteilungen wegen Nichtigkeiten durch das Gericht in Barle-Duc nahmen zu, und Aufenthaltsverbote, teils über mehrere Jahre, wurden in rund 50 Fällen verhängt.

Das Ganze gipfelte 2018 in der Eröffnung eines Verfahrens wegen «Bildung einer kriminel-

len Vereinigung». Nach einem Dutzend Razzien im Juni desselben Jahres, wenige Tage nach der Demonstration von 3000 Atomkraftgegner-inne-n in der Hauptstadt des Departements 55, wurde schrittweise gegen zwölf Linke – Gärtner-innen, Student-inn-en, Arbeitslose, Lebenskünstler-innen, Arbeitende, Journalist-inn-en und ein Anwalt – ermittelt. Schon die Auflagen im Zuge der Ermittlungen, die bis Dezember 2020 andauerten, waren eine schwere Bestrafung. Die Betroffenen durften nicht zueinander in Kontakt treten, Teile der Region nicht betreten und Frankreich wegen angeblicher Fluchtgefahr nicht verlassen.

Repression wird und wirkt zunehmend grenzüberschreitend und überall ist das Muster dasselbe: Wenn es keine harten Fakten gibt, aber die Gesinnung zu deutlich wird, konstruiert der Staat kriminelle Vereinigungen. Landein-, Landaus suchen die politischen Ermittlungsbehörden Gründe, die Justiz auf den Plan zu rufen, die dann mit spektakulären Prozeduren den Alltag engagierter Aktivist-inn-en schikanieren und aus Silvesterraketen, Kloputzmitteln, Range-

leien, Flugblättern und ein paar leeren Flaschen Wein schnell mal «Terrororganisationen» schmieden – egal ob es sich um Antifaschist-inn-en, Anarchist-inn-en oder Umweltschützer-innen handelt. Das Ziel ist die Einschüchterung, die Überwachung und letztlich wohl auch die Bestrafung, sei es für tatsächliche Handlungen oder die Vertretung von unliebsamen Meinungen.

Vom 1. bis 3. Juni 2021 findet nun gegen drei Personen aus dem Bure-Widerstand, die als «Übeltäterbande» angeklagt sind, der Prozess statt. Gegen vier weitere wegen vermeintlichem Besitz von «Sprengmitteln» oder/und der Beteiligung an nicht genehmigten Versammlungen im Jahr 2017. In Solidarität mit den sieben Beschuldigten wird zu zahlreichen Aktivitäten nach Barle-Duc eingeladen.*

Luc S, Kleinbauer
und Journalist

*Mehr Informationen zum Verfahren findet ihr unter burebure.info und unter nousso-mestousdesmalfaiteurs.noblogs.org.

Bei helloasso.com/associations/cacendr/collectes/en-soutien-au-proces-des-malfaiteurs-de-bure-1 wird zu Spenden aufgerufen.



Alle an die Grenzen!

Feministische Aktion gegen Mauern und Fremdenhass am 5. Juni in Nizza.

13:30h - 17h: Demonstration auf den Strassen von Nizza: Sie beginnt am Platz Masséna und endet am Platz Garibaldi. Sie wird von Tänzen, Batukada (Brasilianische Trommeln), Liedern (feministische Chöre aus ganz Frankreich), poetischen Darbietungen und Reden in mehreren Sprachen untermalt werden. Drachen, das Symbol von «Alle an die Grenzen», werden fröhlich am Himmel schweben.

Ab 17:30h wird die Veranstaltung im «Le 109», Pol der zeitgenössischen Kulturen, 89, route de Turin, in Nizza fortgesetzt. Die meisten Aktivitäten finden im Freien statt.

Auf dem Programm: Lesungen und Aufführungen, Konzerte, Filmvorführungen, Erfrischungsbar und Vieles mehr. Wir freuen uns sehr auf Euer Kommen!
Alle weitere Informationen auf: <https://toutesauxfrontieresfr.wordpress.com>

AUFRUF

NEIN

zum neuen
**Anti-Terrorgesetz
in der Schweiz!**

Das EBF unterstützte Ende letzten Jahres das Referendum gegen das neue Anti-Terrorgesetz, weil es massive Eingriffe in die persönlichen Freiheiten im Namen der Terrorbekämpfung ermöglicht (Archipel Nr. 297). Zum Glück kam das Referendum zustande und nun wird am 13. Juni über den neuen Gesetzes-Vorschlag abgestimmt. Die Schweizer Leserschaft wird mit dieser Ausgabe vom Archipel einen Aufruf vorfinden, der dazu auffordert, ein klares NEIN in die Urne zu legen. Tragen Sie bitte dazu bei, diesem gefährlichen Abbau vom Rechtsstaat einen Riegel vorzuschieben.

Claude Braun